

Schweizerische Statistische Gesellschaft

Protokoll der 52. Jahresversammlung

vom 27./28. Mai 1932 in Winterthur

I. Öffentliche Versammlung, Freitag, den 27. Mai, 17 Uhr im Kirchgemeindehaus Winterthur

Präsident Prof. Grossmann begrüsst die Versammlung — es mögen 180 Personen anwesend gewesen sein — und erteilt das Wort dem ersten Referenten Herrn Prof. Dr. E. Böhler von der E. T. H. zu seinem Vortrage «Zur Problematik der freien und gebundenen Wirtschaft: Ideologie und Wirklichkeit» (siehe S. 161).

Der Präsident verdankt das klare und gedankenreiche, in freier Rede vorgetragene Exposé, das nun eine treffliche Grundlage für die Behandlung des Themas liefere.

II. Öffentliche Versammlung, 20 Uhr im Kirchgemeindehaus

Nach einer Begrüssung durch den Präsidenten spricht Herr Dr. Max Weber, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes über «Notwendigkeit und Möglichkeit einer Planwirtschaft» (Vortrag s. S. 176 f.). Der Präsident dankt auch Herrn Dr. M. Weber für das durch grosse Sachlichkeit und Ruhe ausgezeichnete Referat; für eine wissenschaftliche Diskussion sei diese Tonart die beste.

Den Beschluss bildet der Vortrag des Herrn Dr. H. Henrici über «Organisierte Wirtschaft in der Schweiz» (siehe S. 189 f.).

Der Präsident dankt auch diesem Referenten aufs beste; er habe neue Saiten angeschlagen und es vermocht, die Hörer bis zum letzten Augenblick zu fesseln.

III. Öffentliche Versammlung, Samstag, den 28. Mai, 9 Uhr in der Aula der Kantonsschule

Der Präsident eröffnet die Diskussion.

Prof. Dr. E. Laur, Brugg, als erster Votant:

Der Bauer ist von Natur aus ein Individualist. Auf seinem Hofe ist er auf sich selbst angewiesen. Er vertraut mit Gottes Hilfe auf seine eigene Kraft. Sozialismus ist ihm ein Greuel. Auch dem Staate gegenüber besitzt er oft ein

tiefes Misstrauen. Jahrhunderte hindurch war die staatliche Macht für ihn identisch mit dem, der da erntet, wo er nicht gesät hat. So gehören die Schlagworte: Sozialismus, Etatismus, Bureaukratie, Staatsvogt zu den zugkräftigsten im politischen Kampfe um die Stimmen des Bauernstandes.

Die Bauern hätten unzweifelhaft an den Ausführungen des Herrn Dr. Henrici die helle Freude gehabt und mit Befriedigung konstatiert, dass einmal den Herren in Bern hier gründlich die Leviten gelesen worden sind. Ich glaube aber nicht, dass das Problem der gebundenen oder freien Wirtschaft von diesem Gesichtspunkte aus gelöst werden kann. Der Staat und der Bundesrat sind besser, als sie hier dargestellt worden sind. Ich erlaube mir, an einigen Beispielen zu zeigen, dass der Staat bei uns in der Schweiz eine Reihe wichtiger wirtschaftlicher Probleme in vorzüglicher Weise gelöst hat. Ich spreche hier nicht in erster Linie als Vertreter der Landwirtschaft, sondern als ein Mann, der während Jahrzehnten Gelegenheit hatte, diese Tätigkeit der Bundesbehörden aus der Nähe zu verfolgen.

Man vergisst ja so rasch, was früher geschehen ist. Noch erinnere ich mich des Kriegausbruches, als der private Getreidehandel erklären musste, er sei nicht mehr in der Lage, das fremde Getreide hereinzubringen, und der Staat von einem Tag auf den andern die Getreideeinfuhr organisieren musste. Die Fehler, die am Anfang vorgekommen sind, hingen eigentlich mehr damit zusammen, dass der erste Funktionär der Getreideverwaltung noch zu sehr in privatwirtschaftlichen Anschauungen befangen war. Später, insbesondere als ein Bundesbeamter, Dr. Käppeli, die Leitung übernahm, ist das Getreidemonopol in geradezu glänzender Weise geführt worden.

Der Bundesrat hat auch während des Krieges mit Erfolg dafür gesorgt, dass das Schweizervolk die notwendigen Lebensmittel erhielt, und unsere Preise stunden tief unter denen des Auslandes. Auch unserer Industrie ist es in jener Zeit nicht schlecht gegangen. Und als dann in der Nachkriegszeit die Periode der Inflation kam, da hat wieder der Staat eingegriffen, und unter der Leitung von Nationalrat Schirmer ist es gelungen, der Industrie und dem Gewerbe die grössten Dienste zu leisten.

Es ist gestern besonders geringschätzig vom eidgenössischen Subventionswesen gesprochen worden. Demgegenüber möchte ich darauf hinweisen, dass auch grosse private Unternehmungen auf dem Gebiete der Industrie, so die Stickerei- und die Uhrenindustrie, sowie die Hotellerie, für die Hilfe des Bundes sehr dankbar waren. Heute, in der Zeit grosser Wirtschaftskrisen, müssen manche Industrien ihre Fabriken schliessen und sind froh, die Sorge für ihre Arbeiter dem Staate abzutreten, der hier auch wieder grosse wirtschaftliche Probleme zu lösen hat.

Das viel geschmähte landwirtschaftliche Subventionswesen verdient die herbe Kritik sicher nicht. Ich erinnere mich noch gut der Zustände in unserer Landwirtschaft vor 40 Jahren. Wenn ich die Qualität des Viehstandes von damals in vielen Kantonen und namentlich längs der deutschen Grenze mit der heutigen Qualität der Tiere vergleiche, so tritt hier, wie auf dem Gebiete der Bodenverbesserungen und der Technik überhaupt, ein ganz gewaltiger Fortschritt zutage. Die Intensität ist gestiegen. Die Produktivität unseres Bodens ist gewachsen. Überall haben sich die vom Bunde gewährten Subventionen als

äusserst fruchtbar erwiesen. Jedenfalls dürfen die Millionen, welche für die Förderung der Landwirtschaft vom Bunde ausgegeben worden sind, in ihrem Nutzeffekte wohl verglichen werden mit den Milliarden, welche die private Initiative ins Ausland getragen hat.

Auf dem Gebiete der Viehseuchenpolizei ist der Nutzeffekt der Tätigkeit des Staates nicht kleiner. Als noch die private Unternehmung den Viehimport frei besorgen konnte, da hatten wir Jahr für Jahr zahlreiche Seucheneinschleppungen. Noch nach dem Kriege betrug der Schaden in einem einzigen Seuchenzuge 350 Millionen Franken. In dem Masse, wie der Staat die Einfuhr schärfer kontrollierte und beschränkte, nahmen die Seuchen ab, und manche sind gar verschwunden. Die Rinderpest kennt man heute nicht mehr in der Schweiz. Wir haben auch in den letzten Jahren oft wochenlang keinen einzigen Fall von Maul- und Klauenseuche gehabt, nur weil der Staat dafür sorgt, dass die erkrankten Tiere gekeult werden und so der Seuchenherd beseitigt wird. Im Auslande aber, wo die Tiere nach dem Durchseuchen weiter gehalten werden, bilden sie noch während 2—3 Jahren durch den Harn eine grosse Infektionsgefahr. Es wäre unverantwortlich, wegen einiger Devisen für Ungarn hier die Seuchenpolizei abzuschwächen.

Aber auch in eigentlichen Staatsunternehmungen hatte ich Gelegenheit, festzustellen, dass der Bund nicht so unfähig ist, wie es gestern behauptet wurde. Die Schweizerischen Bundesbahnen sind eine vorzüglich geleitete Institution, und ich kann den Männern, welche die Direktion der Bundesbahnen in den Händen haben und dort die Geschäfte bei relativ bescheidenen Gehältern ohne Tantiemen leiten, nur die allerhöchste Anerkennung aussprechen. Sie vermögen den Vergleich mit jedem Direktor aus Privatunternehmungen auszuhalten. Ihnen steht in unsern Eisenbahnen ein vorzügliches Personal zur Seite. Auch die Nationalbank ist ja heute eine Staatsbank, der Einfluss der Aktionärversammlung ist jedenfalls verschwindend klein gegenüber dem des Finanzdepartementes, und wir dürfen auch hier konstatieren, dass die Nationalbank ihrer Aufgabe gewachsen war und das schweizerische Geld- und Währungswesen treu behütet hat.

Auch die Getreideverwaltung erfüllt ihre nicht leichte Aufgabe in vorzüglichster Weise. Wenn die Schweizerische Unfallversicherungsanstalt heute häufig kritisiert wird, so liegt eigentlich ihre Schwäche darin, dass sie nicht vollständig verstaatlicht wurde, sondern statt Amtsärzten die freie Mitarbeit der Ärzte vorsieht, was ja durchaus wünschbar ist, aber die Kosten der Versicherung erhöht. Ferner hat die eidgenössische Alkoholverwaltung zum Beispiel im letzten Herbst, ohne die notwendigen gesetzlichen Grundlagen und Hilfsmittel zu haben, für die Verwertung unserer grossen Obsternte sorgen müssen und auch dieses Problem hervorragend gelöst. So komme ich zum Schlusse, dass unsere Staatsverwaltung durchaus nachgewiesen hat, dass sie grossen wirtschaftlichen Aufgaben gewachsen ist.

Ich müsste ja nun auch noch die Sünden der Privatunternehmungen vorführen. Ich brauche nur einige Namen, wie Stinnes, Kreuger, die österreichischen Industrie- und Bankmagnaten, Vorfälle in Frankreich usw., zu nennen. Aber ich will nicht in den Fehler verfallen, dass, wie es gestern geschehen ist, vor allem die

Schattenseiten die Grundlagen des Urteils bilden. Wo Licht ist, ist ja immer auch Schatten. Aber dadurch dürfen wir uns nicht abhalten lassen, das Gute zu sehen. Ich bin auf dem Wege zur Versammlung an grossen industriellen Etablissements in Baden, in Oerlikon und hier in Winterthur vorübergefahren, die ja in besonders eindrucklicher Weise zeigen, was private Initiative und private Tatkraft zu erreichen in der Lage sind. Also ich meine, sowohl auf der Seite des Staates als auf der Seite der privaten Unternehmung stehen tüchtige Kräfte, und wir dürfen das Problem der freien und der gebundenen Wirtschaft sicher nicht vom Standpunkte aus erledigen, nur die Privatunternehmung verfüge über tüchtige Leute, und der Staat sei unfähig, wirtschaftliche Aufgaben zu lösen.

Ich möchte auch betonen, dass es mir nicht richtig scheint, die Frage, die uns heute beschäftigt, einfach in die Frage Staats- oder Privatwirtschaft hinauslaufen zu lassen. Es handelt sich vielmehr darum, ob wir auf der einen Seite den ungezügelden Konkurrenzkampf des einzelnen Unternehmers, der rücksichtslos den Schwächern beseitigt und damit die Wirtschaft regliert, anerkennen wollen oder aber, ob wir eine zielbewusste Organisation, eine Führung und Leitung als notwendig erachten, die gleichzeitig auf die allgemeinen Bedürfnisse Rücksicht nimmt. Ob nun das Ziel, die Gesamtinteressen zu wahren, besser durch staatliche oder private Organisation erreicht wird, scheint mir eine Frage der Zweckmässigkeit im einzelnen Falle zu sein. Wenn wir also unter gebundener Wirtschaft nicht nur die staatliche Wirtschaft, sondern überhaupt eine Wirtschaft, welche der freien Konkurrenz gewisse Fesseln auferlegt, verstehen, dann müssen wir sagen, dass die Landwirtschaft heute schon in weitgehendem Masse zur gebundenen Wirtschaft übergegangen ist.

Uralte Überlieferungen haben hier vorgearbeitet. Erinnern wir uns an die Allmenden in den Alpen, an die Bewässerungsanlagen im Wallis, an die Waldungen, die gemeinschaftlich verwaltet worden sind. Erinnern wir uns an die Dreizelgenwirtschaft im Flachlande mit dem Flurzwange und den weitgehenden Befugnissen der Ortsbehörden. In allen diesen Dingen finden wir Vorläufer und Wegbahner unseres heutigen Genossenschaftswesens. Der Bauer sieht auch in seinem Nachbar nicht den Konkurrenten, sondern den Berufsgenossen, den er unterstützt und dem er gerne alle neuen Erfahrungen und Fortschritte vermittelt. Den Konkurrenzneid, wie er zwischen Händlern und Gewerbetreibenden in der Gemeinde sich geltend macht, kennt der Bauer nicht. Das hat ihm den Zusammenschluss zur gemeinschaftlichen Vertretung der Interessen erleichtert. Heute haben wir in der Schweiz 12.000 örtliche landwirtschaftliche Vereinigungen, die 670.000 Mitglieder zählen. Aus diesen Genossenschaften und Vereinigungen sind dann einflussreiche Verbände entstanden, und so ist die Landwirtschaft allmählich in ein Wirtschaftssystem hineingekommen, das starke Anklänge an die gebundene Wirtschaft aufweist. Das Wort «gebundene Wirtschaft» gibt eigentlich das Wesen dieser Wirtschaft auch nicht vollständig richtig wieder. Das Wort «Planwirtschaft» ist durch den Kommunismus diskreditiert worden. Ich möchte von einer Rationalwirtschaft reden.

Für diese ist charakteristisch die Freiheit im einzelnen Betriebe. Insbesondere will der Bauer Herr in seinem Hause sein, von Staatsbetrieben will er nichts

wissen. Aber er ist gerne bereit, einzelne Zweige seiner Wirtschaft an die Gemeinschaft abzutreten. Am frühesten ist das mit der Viehhaltung auf den Alpen, mit den Waldungen, Bewässerungsanlagen und den Weinkeltereien geschehen. In neuerer Zeit sind grosse Genossenschaftskellereien entstanden, welche die Wein-ernte im Herbst aufnehmen und zu verwerten suchen. In diesen Tagen wurde in Zürich die Weinstube des Verbandes ostschweizerischer landwirtschaftlicher Genossenschaften eröffnet, wo den Konsumenten Gelegenheit gegeben wird, die Produkte unseres Weinbaues zu versuchen.

Auch die Zuchtstierhaltung ist ja schon seit vielen Jahrhunderten den Gemeinden, in neuerer Zeit den Genossenschaften übertragen. Eine besonders grosse Entwicklung haben die Genossenschaften auf dem Gebiete der Milchverwertung gefunden, wo sie sowohl den Verkauf als auch die Verarbeitung übernehmen. Sie haben sich zu Verbänden, diese zum Zentralverband schweizerischer Milchproduzenten zusammengeschlossen. Sie haben die Käsehandlung Emmental A.-G. in Zollikofen gegründet und sich mit dem Käsehandel zur Schweizerischen Käseunion vereinigt. Hier wird nun gemeinschaftlich der Milchpreis bestimmt, der Käseexport geregelt. Wir haben es hier mit einer weitgehend gebundenen oder besser Rationalwirtschaft zu tun. Die Geräte- und Maschinengenossenschaften und die Genossenschaften für Kauf der Rohstoffe sind hier ebenfalls zu erwähnen. Sie haben Gelegenheit, in Winterthur den Verband ostschweizerischer landwirtschaftlicher Genossenschaften zu sehen, der ja in vorbildlicher Weise zeigt, was auf diesem Gebiete geschaffen worden ist.

So ist der Bauer in weitgehendem Masse zur organisierten Wirtschaft übergegangen, und trotz theoretischen Bedenken hat er sich selbst damit abgefunden, dass auch der Staat auf dem Gebiete der Landwirtschaft ziemlich stark eingegriffen hat. Am tiefsten geht dieser Eingriff auf dem Gebiete der Getreideversorgung. Wohl hat ein Teil der Bauern sich zuerst von dem Namen Monopol abschrecken lassen, und man hat dann nachher den unschuldigsten Teil der Staatswirtschaft, nämlich die Einfuhr, geopfert, denjenigen Teil der staatlichen Wirtschaft aber, der in jedes einzelne Bauernhaus hineinführt, beibehalten: die Übernahmespflicht des Staates, die Preisgarantie, die Verpflichtung der Müller usw. Hier wurde der Nutzen der staatlichen Mitwirkung besonders deutlich demonstriert. Wir haben heute in der Schweiz die höchsten Getreidepreise und die billigsten Brotpreise. Auch das Alkoholmonopol verpflichtet ja die Bauern zur Ablieferung ihrer Produkte an den Staat, schränkt sie in der Produktion ein und hat demgegenüber die Abnahmepflicht. Bei der Buttereinfuhr haben wir einstweilen vorübergehend auch wieder ein halbstaatliches Organ bekommen, welches die Verwertung der Inlandsbutter fördern soll. Beim Käseexport wird dringend gewünscht, der Staat möchte mitwirken, um die Störung der Organisation durch einige wenige wilde Händler zurückzudrängen. Auf dem Gebiete der Vieheinfuhr wird ebenfalls über ein staatliches oder halbstaatliches Organ diskutiert, welches die Aufgabe hätte, das Vieh einzuführen, so dass dann an die Stelle übersetzter Gewinne durch einige wenige Händler die Verwendung des Überschusses zu gemeinnützigen Zwecken treten könnte. Beim Zuchtviehexport haben wir in der Kommission schweizerischer Viehzuchtverbände weitere Anfänge organi-

sierter Wirtschaft und in den Zuchtviehstationen im Auslande und in den kantonalen Kommissionen für Viehexport ebenfalls Anfänge staatlicher Mitwirkung.

Alle diese Massnahmen betreffen vorwiegend oder ausschliesslich den Markt. Aber einige Massnahmen sind schon darüber hinausgegangen und greifen selbst in die Produktionsrichtung ein. Sehr alt ist der Einfluss auf die Zucht. Wir müssen die Viehrassen unseres Landes züchten und dürfen nicht ausländische verwenden. Neuerdings zwingt der Staat sogar die Bauern zur Selbstversorgung mit Brotgetreide und nötigt damit die Frauen zum Backen von Brot; sonst hat der Bauer kein Recht zur Ablieferung von Getreide. Es ist fraglich, ob hier nicht die Grenzen, die wir uns setzen müssen gegen den staatlichen Einfluss, überschritten worden sind. In den Viehversicherungsgesellschaften, die zum Teil staatlicher obligatorischer Natur sind, werden die Bauern zur Abnahme von Fleisch verpflichtet, auch wenn sie im Haushalte keinen Bedarf haben, und die Milchverbände zwingen ihre Mitglieder zur Abnahme von Käse. Viel wichtiger ist aber die Umstellung, die wir gegenwärtig in der Milchverwertung vornehmen. Wir zwingen die Bauern, statt Käse Butter zu produzieren. Und es ist ein dringender Wunsch, dass hier die Macht der Verbände durch staatliche Massnahmen verstärkt werden könnte. So sehen wir, dass also selbst in der Richtung der Produktion sich ein staatlicher und organisatorischer Einfluss geltend macht.

Es lässt sich nicht bestreiten, dass der konservative Bauer heute sehr stark in das Gebiet der gebundenen und rationalisierten Wirtschaft hineingezogen wird. Die Bedürfnisse des Lebens haben sich stärker erwiesen als alle Theorie und Weltanschauung. Diese Entwicklung wird und muss weitergehen; ohne Organisation, Führung, Leitung und Rationalisierung ist der Schweizerbauer in einem industriellen Exportstaate verloren.

Auch auf internationalem Gebiete zeigen sich Zeichen der Verständigung. Ich nenne das Zuckerabkommen, die gegenwärtigen Verhandlungen betreffend den internationalen Holzhandel. Ich verweise auf die Getreidefrage, wo ein Projekt, das ich den Getreide-Exportstaaten vorgelegt hatte, in London von sämtlichen Staaten im Grundsatz angenommen worden ist. Nur die Vereinigten Staaten haben abgelehnt, weil ihre Verfassung es ihnen untersagt, Abkommen zuzustimmen, die die Ausfuhr beschränken. Neuerdings haben wir die Kontingentierung und Kompensation. Hier bereitet sich eine neue Art der internationalen Wirtschaft vor. Es ist möglich, dass die Meistbegünstigung eingeschränkt werden muss und dass an ihre Stelle mindestens für einen Teil des Warenaustausches Kontingente treten werden. Es ist nicht ausgeschlossen, dass sich auch die Exportindustrie dabei so gut wie bei der freien Wirtschaft stellen kann, vorausgesetzt, dass wir genügende Kontingente erhalten.

Wir wollen aber nicht eine sozialistische oder bolschewistische Wirtschaft mit staatlichen Betrieben. Die Privatwirtschaft hat gezeigt, dass sie in der Lage ist, viel mehr zu produzieren, als man heute absetzen kann. Um die Produktion zu erhöhen, braucht es sicher keine Staatsbetriebe, nur eine Rationalisierung soll eintreten. Da wo Willkür und Zufall herrschen, da soll die Voraussicht in höherem Masse zur Geltung kommen. Aber wir verlangen und stehen entschieden auf dem Standpunkte, dass der privaten Initiative und dem Unternehmungsgeist ein

weiter Spielraum auf allen Gebieten der Wirtschaft erhalten werden muss. Und was schliesslich für uns ein oberster Grundsatz bleiben wird und muss, das ist die Erhaltung des Heims, der Familie als eines Hortes des Eigenlebens und der Freiheit. Namentlich der Schweizerbauer, dessen Herz vom Sinn für Freiheit und Unabhängigkeit erfüllt ist, er wird es nie ertragen, dass der Staat oder auch nur die Organisation in seine persönlichen Verhältnisse in spürbarer Weise eingreifen.

Nationalrat Aug. Schirmer, St. Gallen, Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbandes, als zweiter Votant:

Nationalrat A. Schirmer, Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbandes stimmt im ganzen Dr. Henricis Ausführungen zu, nicht aber durchweg dem von Prof. Laur Vorgebrachten. Dieser sei darüber hinweggegangen, dass auch der Landwirtschaft trotz aller Anregungen, die Qualitätsproduktion zu fördern, die Mittel fehlen, alle Beschlüsse durchzuführen.

Wohl möge gleichwohl manches für die Landwirtschaft leichter sein, weil die Produktion verhältnismässig einheitlich sei, für das Gewerbe aber mit seiner mannigfaltigen Produktion sei eine planwirtschaftliche Leitung unendlich viel schwieriger, und doch wäre vielleicht eine bessere gesellschaftliche Organisation und ein entsprechendes Zusammenarbeiten gleichwohl möglich, und zwar durch Mittelwege zwischen freier und staatlich organisierter Wirtschaft. Dabei tut nicht die Staatssubvention not, sondern die Staatsautorität.

Gewerbe, Industrie und Handel sind allerdings in mancherlei Verbänden zusammengeschlossen, aber diesen fehlt die Macht, ihre Beschlüsse durchzuführen, d. h. für den einzelnen, auch den Outsider, verbindlich zu erklären. Werden dem einzelnen nicht zusagende Beschlüsse gefasst, so zieht er sich einfach vom Verbands zurück. Da aber nur die Zusammenarbeit in den beruflichen Verbänden der Wirtschaft und dem Staate dient, so müssten diesen für die Durchführung gewisser Aufgaben, gewisse Machtmittel durch den Staat verliehen werden, damit ihre Beschlüsse allgemein anerkannt und befolgt werden. So käme durch die Mitarbeit der Berufsverbände mehr Ordnung in die gestörte freie Wirtschaft. Allerdings sei die Durchführung dieser Gedanken heute nicht ohne weiteres möglich, doch könnte die Frage der Gesamtarbeitsverträge nach Abklärung der heutigen Lage wieder aufgegriffen werden. — Staatsmonopole sind abzulehnen, da Handhabung und Kontrolle in derselben Hand liegen. Die Wirtschaft muss aus sich selbst wieder in die Höhe kommen. Wird aber die Hilfe des Staates verlangt, dann soll auch dessen Aufsicht einsetzen. Die Selbständigkeit der Wirtschaft erleichtert übrigens auch die internationale Verständigung, insbesondere wenn einmal Abreden zwischen Wirtschaftsgruppen in den einzelnen Ländern verbindlich erklärt werden können.

Nationalrat Dr. C. Sulzer-Schmid, Winterthur, als dritter Votant:

Die interessanten Vorträge der Herren Referenten geben Anlass zu verschiedenen Betrachtungen über freie und gebundene Wirtschaft vom Standpunkte der Industrie. Zu diesem Zweck mögen einige besonders wichtige Teilfragen

nicht nur von theoretischen Gesichtspunkten, sondern auch aus den Erfahrungen der Wirklichkeit heraus geprüft werden. Dabei werden wir der Theorie auch einige Überlegungen über Gewordenes gegenüberzustellen haben.

Betrachten wir zunächst die Verhältnisse unseres eigenen Landes, in dessen Verfassung die Handels- und Gewerbefreiheit verankert ist. Diese Freiheit hat im Laufe der Zeiten zahlreiche Einschränkungen erfahren. In bezug auf die Industrie sei erinnert an die Bestimmungen des Obligationenrechtes, an das Fabrikgesetz, die Gesetze über Kranken- und Unfallversicherung, Arbeitslosenversicherung, Lehrlingsausbildung und andere. Auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik wie auf demjenigen der Sozialpolitik hat der Staat zahlreiche innere Bindungen geschaffen. Durch seine Handels- und Zollpolitik bestimmt er in weitgehendem Masse die wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Ausland.

Unser Land kennt verschiedene Wirtschaftsformen. Einerseits besitzt es zahlreiche staatliche und kommunale Unternehmungen und öffentliche Werke. Besonders ist das der Fall auf Gebieten, wo öffentliche Interessen im Vordergrund stehen, wo sich im wesentlichen Verwaltungsaufgaben stellen, wo es sich um Monopolbetriebe handelt. In einer Reihe von Fällen haben Staat und Gemeinde Unternehmungen an sich gezogen, die günstige Entwicklung versprochen, nachdem die Privatwirtschaft zuerst die Risiken getragen hatte. So hat der Staat weitgehend in die Aufgaben des Verkehrs und der öffentlichen Dienste, in die Ausnutzung der Wasserkräfte, in das Gebiet des Versicherungswesens und andere Gebiete eingegriffen, wobei er seine Betriebe in der Regel mit den Privilegien der Steuerfreiheit, der Tarifautonomie und ähnlichen ausstattete.

Warum hat der Staat nicht auch die zahlreichen industriellen Betriebe erfasst, die auf dem Gebiete der Produktion tätig sind? Die Erklärung dürfte im wesentlichen darin zu suchen sein, dass diese Betriebe ganz anderen Bedingungen unterliegen und deshalb andere Anforderungen an ihre Führung stellen. In den den Gesetzen der freien Wirtschaft unterstehenden Betrieben, ganz besonders in denen der Exportindustrie, die auf dem Weltmarkt im Kampfe steht, spielen hohe Verantwortung, rasche Entschlussfähigkeit, Initiative, Anpassung an sich ändernde Verhältnisse, hohe Risiken und ähnliche Faktoren eine ganz andere Rolle als in staatlichen Monopolbetrieben. Die in stetem Fluss befindliche technische Entwicklung stellt die Industrie vor immer neue Aufgaben. Stillstand ist hier Rückschritt. Nicht Machtstreben, sondern sachliche Notwendigkeiten zwingen oft zu Entschlüssen, bei denen nicht Kollektivorgane mit langem Instanzenzug, sondern nur Einzelkompetenzen entscheiden können. Damit sollen in keiner Weise die Verdienste verkannt werden, die die Leiter unserer grossen staatlichen Unternehmungen sich erworben haben; aber ihre Aufgabe liegt auf einem wesentlich anderen Gebiet.

Was hat die freie Wirtschaft geleistet? Sie hat einen bedeutenden Anteil am Wohlstand unseres Landes. Unsere Exportindustrie ist die Grundlage der Existenz eines starken Bruchteils unserer Bevölkerung. Unsere allgemeinen kulturellen Verhältnisse sind im Vergleich mit dem Ausland günstige, ganz besonders, wenn wir berücksichtigen, wie sehr unser Land natürlicher Reichtümer ermangelt. Seine Kraft liegt in der Arbeitsfreudigkeit und Tüchtigkeit des Volkes.

Könnte staatliche Wirtschaft hier besseres leisten? Könnte die Wirtschaft des Staates den Unternehmungsgeist, die Tatkraft seiner Bürger ersetzen? Soll der Staat alle die Risiken freier Wirtschaft übernehmen, wo er doch als Inhaber der Steuerhoheit stets der Gewinnbeteiligte ist, während Verluste ihn nicht berühren? Wer sich diese Fragen stellt, kann sie nur eindeutig im Sinne der Erhaltung und Entwicklung des Bestehenden beantworten.

Heute steht die Welt in einer schweren Krise. Die tiefgreifenden Störungen der Weltwirtschaft haben auch auf uns ihre Rückwirkungen ausgeübt. Diesen Störungen liegen überwiegend politische Ursachen zugrunde: Krieg und Kriegsfolgen im weitesten Sinne, gewaltsame staatliche Eingriffe in die Wirtschaft, Um- und Neubildung von Wirtschaftsgebieten, nationalistische Einstellung und alle die damit zusammenhängenden Erscheinungen. Nicht Gründe, die im Wesen der Wirtschaftsordnung liegen, sind es, die die heutige Lage herbeigeführt haben, sondern vorwiegend politische Ursachen.

In dieser schweren Zeit bemüht sich unser Land, durch eine Reihe staatlicher Massnahmen unsere Wirtschaftsbeziehungen mit dem Ausland vorübergehend zu ordnen. Wir anerkennen das Bestreben, das diesen Massnahmen zugrunde liegt. Inwieweit sie von Erfolg begleitet sein werden, muss die Erfahrung zeigen. Staatliche Bindungen können zur Inanspruchnahme bedeutender finanzieller Mittel führen, können Gegenaktionen des Auslandes auslösen und andere unerwünschte Folgen nach sich ziehen. Die Verschiebung natürlich gewordener und daher günstigster Handelsbeziehungen auf andere Bahnen hat naturgemäss ihre Konsequenzen. Man wird wünschen müssen, dass diese staatlichen Eingriffe möglichst bald wieder normalen Verhältnissen Platz machen. Aber auch wenn sie von längerer Dauer sein sollten, wird man sie niemals als Planwirtschaft, sondern höchstens als Notwirtschaft bezeichnen dürfen.

Unter Planwirtschaft ist etwas ganz anderes zu verstehen. Sie ist ein grosses Wort, gelassen ausgesprochen. Die sozialistische Lehre bezeichnet als Planwirtschaft die Überführung der Produktionsmittel in die Hand des Staates durch Expropriation und die planmässige Gütererzeugung unter seiner Leitung und Verwaltung. Dazu ist im vorstehenden bereits einiges gesagt worden. Eine andere Formulierung geht dahin, dass der Wirtschaftsplan die Produktion und den Bedarf in gegenseitige Übereinstimmung bringen soll. Dieser These kann man grundsätzlich zustimmen. Sie muss sich aber logischerweise auf die Weltwirtschaft beziehen. Denn in einer einzelnen nationalen Wirtschaft wäre ein solcher Wirtschaftsplan ein Torso. Ganz besonders wäre das der Fall für unser Land mit seiner starken und weitverzweigten weltwirtschaftlichen Verflochtenheit.

Die Planwirtschaft soll Bedarfswirtschaft sein. Dabei ergibt sich als erstes Erfordernis die Feststellung des Bedarfs. In der primitiven Einzelwirtschaft ist diese Feststellung wohl möglich. Je grösser aber ein Wirtschaftsgebiet, je mannigfaltiger die von ihm erfasste Kollektivität, um so komplexer wird die Aufgabe. Mit der Entwicklung des Verkehrs ist die Wirtschaft aus engeren Kreisen immer mehr herausgewachsen. Nationale Wirtschaftsgebiete haben sich gebildet, und mehr und mehr hat die Entwicklung der Technik und des Weltverkehrs zur Weltwirtschaft geführt. Hier aber ist die Feststellung des Bedarfs ein Problem von

ungeheurer Grösse. Zudem ist dieser Bedarf keineswegs etwas Absolutes, sondern im Gegenteil etwas sehr Veränderliches. Er ist nicht nur ausserordentlich mannigfaltig, sondern auch vielfachem Wechsel unterworfen, sei es im Zusammenhang mit der sich entwickelnden Produktion, sei es in Verbindung mit der fortschreitenden Technik, mit der Mode, mit der Entwicklung der Kultur überhaupt.

In hohem Masse mitbestimmend beim Bedarf ist aber auch die Anpassung an die Kaufkraft, die zu seiner Deckung erforderlich ist. Diese Kaufkraft wiederum resultiert im wesentlichen aus dem Gegenwert dessen, was der Käufer in seiner Eigenschaft als Produzent geschaffen hat. Sie resultiert aus der Bewertung seiner Produktion im Weltmarkt. Um Konsument sein zu können, muss jeder zuerst Produzent sein. In der Weltwirtschaft sind wir beides in millionenfacher Verschlungenheit und Verflechtung. Produktion und Konsum stehen in ungeheuer komplexen Wechselbeziehungen, die zu einem guten Teil durch Angebot und Nachfrage ihre Regelung finden.

Die Produktion ihrerseits ist durch die Entwicklung der Technik steten Veränderungen unterworfen sowohl in qualitativer wie in quantitativer Beziehung. Die Entwicklung steht nie still; wer will sie aber auf längere Zeit voraussehen? In der Produktion ist wiederum die Höhe der Herstellungskosten ein Faktor ersten Ranges. Damit hängt, weltwirtschaftlich gesprochen, die Frage der Zuweisung der Produktion an die zweckmässigsten Standorte, die Standortfrage, zusammen. Aber auch die Frage der Verteilung spielt eine wichtige Rolle, und so weitete sich das Problem immer mehr.

Voraussetzung einer Planwirtschaft wäre also die Schaffung eines gigantischen Produktions-, Verteilungs- und Verbrauchsprogramms der Weltwirtschaft. Wohl sind auf dem Gebiet der Konjunkturforschung Fortschritte erzielt worden, und wir wollen alles begrüßen, was in dieser Hinsicht zur Gewinnung eines besseren Überblicks über die Gesamtheit der Vorgänge beiträgt. Aber das wird stets Stückwerk bleiben. Und selbst wenn es gelänge, volle Klarheit zu gewinnen, so wäre damit die Frage noch keineswegs gelöst. Denn die Regelung der Produktion entzieht sich vielfach menschlichem Willen. Grundlage der Weltproduktion ist ja die Welternte. Aus ihr ziehen wir unsere gesamte Nahrung, die gesamte Kleidung und einen Teil der Wohnbedürfnisse. Diese Welternte kann der Mensch bis zu einem gewissen Grade regeln im Anbau, nicht aber im Ertrag. Denn dieser Ertrag ist abhängig von zahlreichen Faktoren, die sich menschlicher Einwirkung entziehen. Meteorologische Einflüsse, Frost und Dürre, Schädlinge verschiedener Art und andere Faktoren beeinflussen die Welternte in hohem Masse. Das wirkt sich fort auf die Tierwelt, wirkt sich fort auf allen Gebieten der Verarbeitung, auf die gesamte Weltwirtschaft. Und wenn wir schon die Urproduktion nach festem Plan nicht regeln können, wie sollte es da gelingen, eine Regelung zu treffen für die Deckung des verfeinerten Bedarfs, dem ein Grossteil unserer schweizerischen Industrie zu dienen bestimmt ist? Und da sollte sich die Planwirtschaft wenige Köpfe aussuchen, die die Riesenaufgabe übernehmen könnten, Bedarf und Produktion der Welt in Einklang zu bringen!

Was geschieht denn, wenn wir die Dinge etwas näher betrachten, in Wirklichkeit heute?

Die freie Wirtschaft verfügt über ungezählte Köpfe. Und gerade diese freie Wirtschaft ist Bedarfsdeckungswirtschaft im weitesten Sinne und damit in diesem Sinne auch planvolle Wirtschaft. Deckung des Bedarfs ist ja ihr Grundgedanke. Jeder Unternehmer will etwas erzeugen, was einem Bedarf entspricht, was Abnehmer, Käufer findet. Zu diesem Ziel sucht er sein Kapital, seine Arbeitskraft zu verwenden. Er kann dabei irren, kann seinen Plan durch die Verhältnisse überholt oder zerstört sehen. Aber der Grundgedanke bleibt der richtige. Und darin liegt eine grosse ordnende Kraft unseres Wirtschaftssystems.

Ord nende Kräfte bestehen aber auch im freien Wettbewerb, im Spiel von Angebot und Nachfrage. Denn diesem Wettbewerb liegt das Streben nach Fortschritt zugrunde. Er ist eine Voraussetzung der Ökonomie, da er bestrebt ist, Unnötiges auszuschalten und das Zweckmässige zu betonen. Jeder Wettbewerb liegt letzten Endes im Interesse des Konsumenten.

Ord nende Kräfte bestehen aber auch in den Beziehungen von Kapital und Arbeit eines Unternehmens. Beide haben in der heutigen schweren Krise das gemeinsame Interesse, durchzuhalten. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind Arbeitsuchende. Ganz abgesehen von allen menschlichen und moralischen Erwägungen hat der Unternehmer auch vom Gesichtspunkt des Kapitals aus alles Interesse, seine Arbeiter und sein Werk zu beschäftigen, um nicht die grossen Werte brach liegen zu lassen, die darin investiert sind.

Und endlich ist es die freie Wirtschaft, welche die Persönlichkeit zur Geltung bringt, welche der grössten Zahl tüchtiger Köpfe entsprechende Betätigung bietet, ihre Initiative und Verantwortungsfreudigkeit fördert und gleichzeitig nach stetiger Vervollkommnung der Produktion strebt.

Zur Frage der Planwirtschaft Russlands:

Das russische Problem ist ganz besonderer Natur. Dort steht nicht die Frage der Überführung bisheriger freier Wirtschaft in staatliche Wirtschaft zur Diskussion. Vielmehr handelt es sich um den industriellen Aufbau eines Staates, der reich ist an Naturgütern und landwirtschaftlichen Produkten, wie an zahlreichen Grundbedingungen für industrielle Entwicklung, der aber dieser Entwicklung noch nicht erschlossen ist. Zu diesem Aufbau macht Russland Gebrauch von allen Erfindungen, technischen Fortschritten und Erfahrungen, die die freie Wirtschaft anderer Länder gezeitigt hat. Es macht diesen Gebrauch unter der Diktatur einiger weniger Machthaber, die sich einer Riesenaufgabe gegenübergestellt sehen, bei deren Lösung sich zahlreiche Schwierigkeiten und Fehlgriffe ergeben. Die Produktivität der geleisteten Arbeit ist unbefriedigend, und eine Sozialisierung im Sinne der Gleichstellung hat sich als undurchführbar erwiesen. Weder in bezug auf wirtschaftliche oder soziale Besserstellung noch in bezug auf ethische Auswirkungen zeigt sich etwas Erfreuliches. Selbst die fähigsten Köpfe vermögen nicht, das Problem zu meistern. In der beherrschten Masse können sich die Kräfte nicht entwickeln, die im freien Wirtschaftsleben selbsttätig zum Aufbau beitragen. In ihrer Entfaltung aber liegt die Wurzel wirtschaftlicher Kraft und kulturellen Fortschrittes.

Eine allgemeine Betrachtung zeigt, dass die heutige Krise keine Mangelkrise ist. Wäre das der Fall, so lägen die Dinge noch schlimmer. Aber die Produktionsmöglichkeiten zur Deckung des Bedarfs sind vorhanden; die Produktion ist sogar dem Absatz da und dort vorausgeeilt. Darauf gründet sich eine Hoffnung, dass die Krise in absehbarer Zeit überwunden werden kann.

Zusammenfassung:

Wir sind gewohnt, Bestehendes scharf zu kritisieren und von Neuem, Unbekanntem viel Besseres zu erwarten. Die Erfahrung zeigt, wie oft wir dabei irren.

Die heutige Wirtschaft ist ein ungeheuer feines Gewebe. Dass dabei Störungen zutage treten, ist nicht verwunderlich. Nichts ist vollkommen auf der Welt, und unsere Wirtschaftsordnung hat ohne Zweifel ihre Härten. Aufgabe des Staates ist es, diese nach Möglichkeit zu beseitigen oder doch zu mildern. Aber die Grundzüge der freien Wirtschaftsordnung sind festgefügt und richtig, und ihren Mängeln stehen grosse Erfolge gegenüber. Sie ist etwas natürlich Gewordenes und befindet sich in weiterer Entwicklung. Dabei ist es vornehmlich Aufgabe des Staates, nicht selbst Wirtschaftler, sondern Förderer der Produktion zu sein und von höherer Warte aus ordnend einzugreifen. Ein schwerer Fehler wäre es, Tausende fähiger Köpfe auszuschalten und ihre Initiative, ihre Verantwortungsfreudigkeit zu lähmen. Staatswirtschaft wäre noch lange nicht planvolle Wirtschaft. Mit Zwang wird keine Kultur geschaffen. Kultur wird nur erreicht durch Zusammenwirken aller Gutgesinnten, nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiet, sondern auf dem Gebiete der menschlichen Gemeinschaft überhaupt.

Herr Prof. Ritschl, Basel, der hier hatte sprechen wollen, sah sich wegen einer dringenden Sitzung genötigt, vorher wegzugehen. Nach einer Pause von 10 Minuten spricht Dr. Bühler, Direktor der Schweizerischen Kreditanstalt, Zürich, an Stelle von Prof. G. Bachmann, als vierter Votant:

Dr. Bühler:

Was er sage, sei nur ein spärlicher Ersatz für das, was Herr Präsident Professor Bachmann hätte ausführen können. Im übrigen sollen seine Darlegungen nicht als offizielle Äusserungen des Bankgewerbes gelten, decken sich aber zum guten Teil mit den Ausführungen seiner Kollegen. Er gehöre zur liberalen Partei, trete für den Individualismus ein und könne Prof. Böhler insofern folgen, als er in der Überschätzung des Individualismus ein Übel erblicke. Wir leben in einer Illusion, wenn wir glauben, hinsichtlich der Regulierung der Wirtschaft vom Staate alles erwarten zu können. Der Staat sei ein notwendiges Übel. Allerdings gibt es keinen unbegrenzten Liberalismus mehr, und ohne gewisse Eingriffe in das Wirtschaftsleben gehe es nicht mehr; die Frage sei aber nur mehr eine des «Wieviel», und hier geht der Redner mit Nationalrat Dr. Sulzer zusammen, wenn er erklärt, wir seien an der Grenze des «Wieviel» angelangt. Die Mitwirkung des Staates kann für verschiedene Produktionszweige von Vorteil sein, aber hinsichtlich einer Planwirtschaft liegen die Dinge anders. Dr. Weber habe gestern doch zugegeben, dass eine Planwirtschaft nur als Weltplanwirtschaft denkbar sei; er habe allerdings versucht, die Möglichkeit einer Planwirtschaft in der Schweiz

darzustellen. Gewiss ist dieses und jenes möglich; aber — wie wird eine Planwirtschaft rentieren? Dr. Weber hat auf die glänzenden technischen Betriebe, die S. B. B. und andre verwiesen; doch — sind die so rentabel? Wir haben nicht nur die schönsten Eisenbahnen, sondern auch die grössten Eisenbahnschulden. Die staatlichen Elektrizitätsbetriebe haben Monopolstellung und nützen sie zu Lasten der Konsumenten aus. Herr Dr. Weber habe dem Kapitalismus sein Grablied gesungen; soweit sei es aber noch nicht, wenn schon bedauerlicherweise aus Kapitalistenkreisen gelegentlich ähnliche Gedanken geäussert werden. Der restlose Staatssozialismus hat seine Grenzen, vgl. Deutschland und Österreich. Zur Planwirtschaft im Bankwesen: Die Existenz jeder Bank ist mehr durch den Kredit, den sie bei der Bevölkerung geniesst, bedingt, weniger durch die Höhe der eigenen verantwortlichen Kapitalien. Bei einer Planwirtschaft würde das Vertrauen schwinden. Handelsbanken werden immer nötig sein, aber man nimmt ihnen bei der Planwirtschaft ihre Existenzmöglichkeit. Man spricht auch viel vom Kapital-export; er ist notwendig zum Ausgleich der Handelsbilanz.

Der Redner wundert sich, dass von der Steuer nie die Rede war. Sollen in der Planwirtschaft die Steuern dahinfallen? Man wird ihrer nicht entbehren können. Woher aber Steuern nehmen, wenn alles verstaatlicht ist? Sollen die Regiebetriebe die Steuern ersetzen? Sind deren Gewinne so gross? Kaum. — Wenn je eine Branche nicht planmässig geleitet werden kann, so ist es der Handel und das Bankwesen.

Die Fortschritte der Technik haben uns zu einer Überschätzung der Technik und Wissenschaft geführt. Der Handel kann nicht wissenschaftlich betrieben werden; er ist eine Kunst. Wohl sind auch da Missgriffe möglich; doch werden wir in der freien Wirtschaft immer Köpfe finden, die diese Kunst ausführen können. Man sucht auch mittels Konjunkturforschung die Basis für eine gebundene Wirtschaft durch die Statistik zu schaffen; doch die Statistik kommt hintennach, aber — *gouverner c'est prévoir*.

Die Ursachen der Krisis in der Schweiz sind kaum berührt worden. Der Krieg ist da nicht allein schuld, sondern die übertriebene soziale Fürsorge auf dem Rücken der Privatwirtschaft. Können Krisen übrigens in einer Planwirtschaft verhütet werden? Dies ist gar nicht wünschenswert, denn Krisen schaffen den Boden für neues Gedeihen. Ohne staatliche Einmischung wären wir längst aus der Krise heraus, und eine Krisensteuer würde gerade dafür sorgen, dass wir nicht aus ihr herauskämen. Die Krise ist eine Art Gewitter; sie reinigt. — Im ganzen müssen wir anfangen, besser zu rechnen und zu sparen.

Nach einer kleinen Pause geht die Diskussion weiter.

Prof. Dr. Stephan Bauer (Basel) :

Man behandelt die Planwirtschaft wie eine schöne Unbekannte, macht ihr den Hof und lässt sie dann sitzen. Das sei aber nicht die Attitude, die ein Forscher gegenüber einer neuen Erscheinung einzunehmen habe; wenn man keiner Partei verschrieben ist, hat man die Pflicht, sich das neue selbst anzuschauen. So sei er denn 1927 und 1931 nach Russland gegangen, nachdem er das Land schon vor

der Planwirtschaft gekannt habe. Frage: ist die Steigerung der Produktion gelungen? Haben die Menschen Arbeit und sind die Arbeitsbedingungen menschlich?

Der Fünfjahresplan beruhte auf den Berechnungen der Trusts. Dann kam ein Gegenplan in der Form eines Maximal- und Minimalplanes und hernach die Vorschrift der Mehrproduktion. Diese sei eingetreten: die Saatfläche sei um 4 % über den Plan erweitert worden; für die Elektroindustrie, die Fabrikation landwirtschaftlicher Maschinen und für Petrol sei die Produktion schon im 3. Jahre erreicht worden. Die Folge sei das Verschwinden der Arbeitslosigkeit gewesen. Noch 1928 gab es eine Million Arbeitsloser, 1931 keinen einzigen mehr. Der Reallohn sei um 25 % gestiegen, doch sei hierin der Plan noch nicht vollständig erfüllt. Die Steigerung der Reallöhne sei eine Aufgabe des 2. Fünfjahresplanes. Die Qualität der Produktion sei noch nicht ganz auf der Höhe. Das Ergebnis: ungeheure Begeisterung. «In drei Jahren sind wir alle reich!» Die Begeisterung sei besonders gross bei der Jugend. Die Mehrproduktion werde durch Stossbrigaden angeregt; so entstehe ein Wettbewerb mit Preisen für Mehrleistung. Junge Menschen sind in Amerika geschult worden, stehen nun in den Betrieben und leben in der Idee ihrer Verantwortung. Manche ruinieren sich im Betrieb. Das sei eine ganz andre psychologische Einstellung als bei uns. Aber nicht nur so in grossen Betrieben. Es gibt 5 Millionen kleiner Betriebe, die von der Regierung in der Form von Genossenschaften organisiert sind.

Prof. Dr. M. Saitzew (Zürich) begnügt sich wegen Zeitmangel mit einigen wenigen Bemerkungen. Prof. Böhler hat einen erschreckenden Satz ausgesprochen: man könne die Zukunft rational nicht voraussehen. Die Folge wäre: man könne überhaupt keine Wirtschaftspolitik treiben und nichts vorkehren, denn die Wirtschaftspolitik ist ja die Vorkehrung für die Zukunft. Prof. Bauer hat von der Gemeinschaft gesprochen und meinte, nur sie könne die Jugend begeistern. Redner will keine Lanze für den Liberalismus brechen, meint aber, dass unter Umständen auch der Liberalismus begeistern könne. Denn was begeistert? Immer das, was man um sich nicht sieht. So führten die Nationalsozialisten den Reichspräsidentenwahlkampf mit der Parole: alles muss anders werden, und hatten grossen Erfolg. An Dr. Weber: Wenn Spiethoff von der Peitsche und dem Zuckerbrot sprach, so hatte er nicht die heutige Depression im Auge, sondern jenes normale Auf und Ab, bei dem die Arbeitslosigkeit um einige wenige Prozente schwankt. Was wir heute erleben, ist demgegenüber eine Strukturwandlung ohne gleichen. Dr. Weber glaubt, wir hätten nur die Wahl zwischen freier und gebundener Wirtschaft. Aber das sind ja nur Idealtypen. Das wirkliche Leben ist hingegen stets ein Kompromiss zwischen mehreren Prinzipien, die nur gedacht sind und sich als solche überhaupt wohl kaum verwirklichen lassen; das wirkliche Wirtschaftssystem beruht immer auf der Kombination mehrerer Wirtschaftsprinzipien. Dr. Henrici sprach in der Hauptsache davon, was er wünscht. Kommt es denn aber nur darauf an, was man wünscht? Gibt es nicht darüber hinaus Notwendigkeiten? Bei der Beurteilung der Subventionen kann man sich füglich fragen, ob sie in gewissen Fällen den Schutzzöllen nicht vorge-

zogen werden sollen. Nur in einer gegebenen Situation lässt sich diese Frage beantworten.

Dr. Emil Walter (Zürich):

Meine Damen und Herren! Durch den Vortrag des Herrn Dr. Max Weber ist in systematischer Form das Problem der Planwirtschaft zur Diskussion gestellt worden. Unter den Voten der Diskussionsredner scheinen mir besonders die Ausführungen der Herren Prof. Laur und Nationalrat Schirmer eine grundsätzliche Wandlung des wirtschaftspolitischen Denkens anzudeuten. Der Liberalismus ist nur von wenigen Rednern verteidigt worden. Die Rede von Herrn Dr. Henrici konnte als ein Abgesang an die Periode des Liberalismus empfunden werden. Gegen die Ausführungen von Herrn Nationalrat Dr. Sulzer können verschiedene prinzipielle Einwände erhoben werden. Wenn Herr Nationalrat Sulzer die Meinung vertritt, die gegenwärtige Krise sei nicht auf das Wesen des kapitalistischen Wirtschaftssystems, sondern auf politische Ursachen zurückzuführen, so kann in diesem Zusammenhang wohl auf die Vereinigten Staaten verwiesen werden. Die Krise in den Vereinigten Staaten kann weder durch politische Ursachen noch durch staatssozialistische Experimente, noch durch die Wirkungen der Sozialpolitik erklärt werden. Herr Nationalrat Sulzer hat die Berechtigung der freien Privatwirtschaft aus der Notwendigkeit abzuleiten versucht, dass das Risiko vom Unternehmer getragen werden müsse. Hier lässt sich die Gegenfrage stellen: Ist nicht vielleicht umgekehrt das relativ grosse Risiko der privatwirtschaftlichen Wirtschaftsführung eine Folge des Charakters unserer Wirtschaftsordnung, ihrer Anarchie? Wenn gewarnt wurde vor einer grundlegenden Änderung der Richtlinien unserer Wirtschaftspolitik, weil die Handels- und Gewerbefreiheit sich bewährt habe, darf auch hier entgegnet werden: Die Handels- und Gewerbefreiheit hat nicht seit jeher bestanden. Auch sie musste erkämpft, musste als eine neue Errungenschaft den beharrenden Mächten der Vergangenheit abgerungen werden.

Es wurde in der Diskussion sehr oft vom «unproduktiven» Staat als einem «notwendigen Übel» gesprochen. Gleichfalls eine kleine Gegenfrage. Ist es überhaupt möglich, den wirtschaftlichen Ertrag einseitig nur der Privatwirtschaft zuzuschreiben. Ist nicht die Existenz des Staates, einer gesicherten Staats- und Rechtsordnung unbedingte Voraussetzung der privatwirtschaftlichen Erfolge? Erst durch die sogenannten unproduktiven Staatsausgaben wird der Ertrag der privatwirtschaftlichen Unternehmungen ermöglicht.

Zum Schluss noch einige kurze Bemerkungen zu drei speziellen Problemkreisen. Zunächst zum Problem der russischen Planwirtschaft. In der Beurteilung der russischen Verhältnisse wird sehr häufig, sowohl auf sozialistischer als auch auf bürgerlicher Seite ein wichtiger Irrtum begangen. Man vergleicht die russische Entwicklung mit der Entwicklung Westeuropas, man überträgt geschichtliche Bewegungsgesetze Westeuropas auf Russland. Man übersieht dabei, dass die Geschichte des russischen Volkes die Geschichte eines Volkes ohne Bürgertum ist. In Russland hat sich nie ein starkes Bürgertum entwickeln können. Alle Ansätze zur bürgerlichen Entwicklung sind immer wieder zerstört

worden. Deshalb können auch die Probleme der russischen Planwirtschaft nicht an den Problemen der westeuropäischen Planwirtschaft gemessen werden. In Westeuropa existieren für die Durchführung einer planmässig geleiteten Wirtschaft ganz andere historische und soziologische Voraussetzungen als in Russland.

Das Problem des Kapitalexportes. Von Herr Direktor Bühler ist der Kapitalexport durch den Hinweis auf das Defizit der Handelsbilanz verteidigt worden. Wiederum eine Gegenfrage: Könnte nicht umgekehrt das Defizit der Handelsbilanz zum Teil wenigstens eine Folge des Kapitalexportes sein? Weil aus dem Auslande Zinsen eingehen, können im Auslande Luxuswaren gekauft werden? Es wäre verdienstvoll, wenn einmal versucht würde, eine *Bilanz* unseres Kapitalexportes aufzustellen, den volkswirtschaftlichen Ertrag des Kapitalexportes durch Aufrechnung der geliehenen Beträge, der eingelaufenen Zinsen und Dividenden und der Verluste zu berechnen. Wir vermuten, dass die «Rentabilität» des Kapitalexportes nicht allzu gross wäre. So dass der volkswirtschaftliche Sinn des Kapitalexportes wohl eher in einer Expropriation des kleinen Sparkapitals zugunsten des Grosskapitals zu erblicken ist. Der Kapitalexport schafft dem Grosskapital der Banken lukrative Verdienstmöglichkeiten in Form von sicheren Dividenden, hohen Tantiemen und Direktorengehältern. Die Verluste aber werden auf das Publikum der kleinen kapitalistischen Sparer überwältzt. Ausserdem muss in diesem Zusammenhang noch beachtet werden, dass der Kapitalexport geeignet ist, den Ausbruch der Krise zu beschleunigen. Der Kapitalexport begünstigt die internationale Fehlleitung von Kapital. Der Kapitalexport alimentiert zur Hauptsache die Produktionsmittelindustrien und verschärft dadurch die Disproportionalitäten der Produktionszweige. Auf der andern Seite verschärft der Kapitalexport auch im Inlande die Krise, weil der Kapitalexport dank der grossen Effektivisierung des Kapitalbesitzes auch solche Unternehmungen in finanzielle Schwierigkeiten bringen kann, welche vom produktionspolitischen Standpunkte aus die Krise überstehen könnten. Durch die Verluste des Kapitalexportes können an und für sich gesunde Betriebe zusammenbrechen, wenn die Betriebsmittel durch derartige Verluste immobilisiert worden sind. Es darf daher aus all diesen Überlegungen der Schluss gezogen werden, dass der Kapitalexport in den Dienst der Volkswirtschaft gestellt werden muss. Eine Bankenkontrolle mit dem Ziele einer Kontrolle des Kapitalexportes ist um so gerechtfertigter, als die Banken zum grössten Teil nicht über eigenes, sondern über fremdes Sparkapital verfügen.

Endlich die Frage der Agrarkrise und das Problem der Preisinsel. Die gegenwärtige internationale Agrarkrise ist der Ausdruck einer grundlegenden Umwälzung der Agrartechnik, einer Umwälzung, die nur verglichen werden kann mit der industriellen Umwälzung zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Die Landwirtschaft entwickelt sich vom Agrarhandwerk zur Agrarindustrie. Diese Entwicklung äussert sich in einer scharfen, internationalen Senkung der landwirtschaftlichen Produktionskosten und damit einer Senkung des internationalen landwirtschaftlichen Preisniveaus. Auf die Dauer wird eine Anpassung des Niveaus der schweizerischen landwirtschaftlichen Preise an das Weltmarktniveau unum-

gänglich sein. Dadurch wird aber das Problem einer Umbildung unserer Agrarverfassung aufgerollt. Nur durch planwirtschaftliche Methoden wird die Anpassung der schweizerischen Landwirtschaft an die geänderten Bedingungen der Agrartechnik möglich sein. Wenn Prof. Laur sagte, dass der Bauer zwar ein Feind des Staatssozialismus sei, in der Praxis aber immer mehr in die gebundene Wirtschaft hineinwachse, so liegt die Entwicklung der Vergangenheit durchaus in der Linie der Entwicklung zur Planwirtschaft. Man darf nicht übersehen, dass schliesslich — um mit Hegel zu sprechen — die Quantität in die Qualität umschlägt.

Jene Periode der schweizerischen landwirtschaftlichen Politik, welche durch die Person von Prof. Laur verkörpert wird, nähert sich ihrem Abschluss. Eine neue Periode der schweizerischen Wirtschaftspolitik beginnt. Es ist meine feste Überzeugung — meine Damen und Herren —, dass die Geschichte dereinst mit Flammenschrift über dieses neu aufgeschlagene Kapitel unserer Wirtschaftspolitik den Titel schreiben wird: Durch Planwirtschaft zu Wohlstand und Gerechtigkeit.

Dr. Arnold Schär, Vorsteher der Propaganda-Abteilung des Allgemeinen Konsumvereins beider Basel:

Von den Vertretern des liberalen Wirtschaftsprinzipes ist die Frage «freie Wirtschaft» hier, «Planwirtschaft» dort als die Entscheidung zwischen bürokratisierendem Staate und freier privater Initiative bezeichnet worden. Ja, es wurde sogar so weit gegangen, Planwirtschaft rundweg der radikalsten, entschädigungslosen Expropriation gleichzusetzen. Dies ist nun aber schon deshalb unrichtig, weil Elemente einer Wirtschaftsplanung und Wirtschaftsregelung heute nicht allein in der Staatswirtschaft vorhanden sind, sondern auf die verschiedenste Weise historisch folgerichtig entstehen. Solche Elemente einer Wirtschaftsplanung finden sich besonders, wie es vom zweiten Referenten, Herrn Dr. Weber, angeführt wurde, in den genossenschaftlichen Wirtschaftsbestrebungen. Da der Zweck der genossenschaftlichen Organisation regelmässig die wirtschaftliche Hebung breiter Volksschichten bildet, so ist damit die Grundlage eines Wirtschaftsplanes gegeben. So ist es in den Konsumvereinen, den genossenschaftlichen Organisationen der Verbraucherschaft, ebenso aber auch in Genossenschaften von Handwerk und Gewerbe und ebenfalls in den heute so bedeutungsvollen landwirtschaftlichen Genossenschaften. Da die heutige Tagung in Winterthur stattfindet, darf wohl besonders an den Verband ostschweizerischer landwirtschaftlicher Genossenschaften erinnert werden. Diese genossenschaftliche Organisation ist insofern interessant, als sie in Tausenden von Bauernwirtschaften gleichzeitig Bezug und Absatz organisiert, also planmässig zu gestalten trachtet. Wie fest besonders hier die Verknüpfung erfolgt, mag daraus hervorgehen, dass die einzelnen Mitglieder der Verbandsvereine für ihre Organisation solidarisch haften.

Die Ansätze einer Wirtschaftsplanung, wie sie in den genossenschaftlichen Organisationen bestehen, können natürlich nicht bedeuten, dass diese aus dem kapitalistischen Marktmechanismus losgelöst sind und von jeder Rückwirkung im zerrütteten, ungebundenen Teil der Wirtschaft verschont bleiben. Auch die

genossenschaftlichen Organisationen sind in die historisch gewordene Wirtschaft verknüpft. Doch zeigt sich, wie selbst eine beschränkte Planwirtschaft, der alle Mängel einer Übergangskonstruktion anhaften, erlaubt, wirtschaftlichen Rückschlägen und Katastrophen planmässig zu begegnen und in ihren Auswirkungen zu mildern. Was den planwirtschaftlichen Charakter der genossenschaftlichen Wirtschaftsweise ausmacht, ist vielfach formuliert worden. Von entscheidender ökonomischer Bedeutung erscheinen mir folgende 4 Punkte:

1. Genossenschaftliche Organisationen bauen sich auf kleinen Wirtschaftseinheiten auf, sei es die individuelle häusliche Wirtschaft, der landwirtschaftliche oder handwerkliche Betrieb. Diese Einheiten werden zu einem System zusammengefasst, das durch Zentralstellen von einheitlichem Willen beseelt wird. Dezentralisation und Zentralisation sind gleichbedeutende Organisationsprinzipien.

2. Durch die Kleinheit der Elemente ist die ständige und innige Fühlungnahme unter den Wirtschaftssubjekten gesichert. Es sind daher gewisse Richtlinien zu einer Planung der Wirtschaftsführung ohne allzu komplizierte Untersuchungen und Berechnungen möglich.

3. Der Grundsatz der Bedarfsdeckung statt der Gewinnerzielung in der Wirtschaftsführung sichert nicht nur eine bessere Verteilung des Sozialproduktes, sondern setzt auch der Planung gewisse Grenzen und Schranken und lässt die Wirtschaft nicht ins Uferlose wachsen. Die dem Kapitalismus so verhängnisvoll gewordenen «Disproportionalitäten» brauchen nicht mehr so erschreckende Ausmasse anzunehmen.

4. Durch die Genossenschaften vermag an die Stelle des freien Marktes oder des einseitigen Monopols die Austauschvereinbarung der genossenschaftlich organisierten Gruppen zu treten. Besonders wichtig ist heute bekanntlich das Zusammenwirken genossenschaftlicher Organisationen in der Landwirtschaft und Verteilung. Auf diese Weise werden sogar in der heutigen Preisbildung gewisse Regelungen erzielt und die Zufälligkeiten im Wirtschaftsleben vermindert. Erwägungen, wie die Bildung eines «gerechten Preises» dürfen wieder angestellt werden und sind nicht, wie es beim freien kapitalistischen System der Fall sein muss, eine Utopie.

Direktor Dr. J. Käppeli, Vorsteher der Abteilung für Landwirtschaft des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements, Bern:

Einige Redner, besonders Herr Dr. Henrici, haben der Meinung Ausdruck gegeben, der Bundesrat und seine Organe hätten sich in der Kriegszeit und seither mehr als nötig und nicht immer mit Geschick der Privatwirtschaft angenommen. Die damit verbundene Kritik dürfte durch die Ausführungen der Herren Prof. Laur und Nationalrat Schirmer auf ein annehmbares Mass beschnitten worden sein. Wir sollten uns hüten und drüben hüten, privat- und staatswirtschaftliche Einrichtungen einzelner Fehler wegen in Bausch und Bogen zu verurteilen.

Wer sich die Lage unserer Volkswirtschaft, aber auch Niedergeschlagenheit, Kleinmut und Verworfenheit vergegenwärtigt, die bei Ausbruch des Weltkrieges im Jahre 1914 sich in Kreisen des Schweizervolkes geltend machten, wird nicht bestreiten, dass einschneidende staatliche Massnahmen unerlässlich und dafür

die Vollmachten des Bundesrates notwendig waren. Die mustergültige Mobilisation unserer Armee zum Schutze der Landesgrenzen brachte eine erste Beruhigung in die Reihen der Bevölkerung. Dadurch wurden die wirtschaftlichen Massnahmen des Bundesrates erleichtert. Diese hatten namentlich zwei Aufgaben zu lösen: für das Schweizervolk Lebensmittel, aber auch Arbeit und Verdienst zu beschaffen. Dank der Mitarbeit der zahlreichen, gut geführten Berufsverbände in der Landwirtschaft, in Gewerbe, Industrie und Handel wurden sie mit Erfolg gelöst. Das Schweizervolk litt während des jahrelangen Weltkrieges nicht Hunger, hatte Arbeit und Verdienst. Soweit die Nahrungsmittel rationiert werden mussten, erhielt jeder Bürger nicht bloss die Rationierungskarte, sondern auch die darauf verzeichneten Waren. Alles in allem: Unsere Volkswirtschaft wurde mit offenkundigem Erfolg durch die Wirren des letzten Weltkrieges geführt.

Wie der Weltkrieg, so ist auch die gegenwärtige Wirtschaftskrise von aussen in unser Land gekommen. Sie brachte einerseits die für unsere Wirtschaft ruinösen Warenimporte und erschwerte auf der andern Seite unsere Warenausfuhr. Das Schweizervolk verlangte abermals Gegenmassnahmen zum Schutze seiner Produktion und Arbeit. Die ausserordentlichen Vollmachten der letzten Kriegswirtschaft waren, im Gegensatz zu den Ausführungen des Herrn Dr. Henrici, längst abgebaut. Mit einem neuen Generalzolltarif und der üblichen parlamentarischen Behandlung der einzelnen Zollfragen wäre unter den heutigen Verhältnissen, wo häufig von einem Tag zum andern gehandelt werden muss, kaum viel anzufangen. Die darüber hinausgehenden Vollmachten in Zollfragen hat der Bundesrat noch seit der ersten nachkriegszeitlichen Wirtschaftskrise vom Jahre 1921 besessen. Die weitem Kompetenzen für Einfuhrbeschränkungen wurden ihm vom Parlament in der letzten Dezembersession gegeben. Durch diese beiden Mittel soll nicht nur der Inlandsmarkt soweit möglich geschützt, sondern gleichzeitig die Konsumkraft des Schweizervolkes zusammengefasst und in den Dienst unseres Warenexportes gestellt werden. Hierauf basiert der Kompensationsverkehr von Land zu Land. Der Bundesrat hat diese Kompetenzen nicht aus Machtgelüsten verlangt, sie wurden ihm vielmehr durch die Verhältnisse aufgedrängt.

Wir alle sind wohl darin einig, dass unsere heutige Wirtschaft Mängel hat, deren Sanierung auf nationalem und internationalem Boden künftig gewisse organisatorische Änderungen bringen wird. Die zeitgemässen Wandlungen unserer Gesellschaftsordnung sollten auf dem Wege gegenseitiger Verständigung, der allmählichen Entwicklung, also der Evolution und nicht der Revolution, zu erreichen sein. Stellen wir uns dabei auf die hohe Warte, von der aus Herr Prof. Böhler in seinem vortrefflichen Referate die verwickelten Dinge beleuchtet hat: würdigen wir das Viele, das uns einigt, und betonen wir nicht zu sehr, was uns trennen könnte.

Die künftige Wirtschaftsorganisation mag sich nun so oder anders entwickeln, besonders zwei wichtige Dinge muss sie beachten. Als Hüterin guter Sitten muss die Familie mit dem eigenen Heim gesichert sein, eine Familie, in der die Seele der Mutter waltet, einer Mutter, die unsere Kinder erzieht, die auch den führenden

Männern in Staat und Wirtschaft das mitgibt, was sie das ganze Leben hindurch als die gute Kinderstube begleiten wird. Ein zweites: Initiative und Verantwortung des einzelnen Bürgers sollten erhalten bleiben. Dies nicht in letzter Linie auch im Interesse einer Qualitätsproduktion, die zu allen Zeiten zum guten Ruf der Schweizerwaren beigetragen hat.

Der Staat ist eine Einrichtung für die Wohlfahrt seiner Bürger. Die Führer des Staates und der Wirtschaft sollen Diener des Volkes sein. Und wenn alle Bürger sich bemühen, ihre Pflicht zu tun gegenüber sich selbst, der Familie, den übrigen Mitmenschen und der Öffentlichkeit, so sollte es möglich sein, auch die bestehende Wirtschaftskrise zu überwinden, einen Weg zu finden, der wieder vorwärts und aufwärts führt.

Die Referenten erhalten das Schlusswort, und zwar in umgekehrter Reihenfolge.

Dr. H. Henrici:

Mein Schlusswort kann kurz sein. Ich bin zunächst erschrocken, als einer der Herren Diskussionsredner mir als dem Vertreter der freien Wirtschaft ein baldiges Ableben in Aussicht stellte; als er aber auch den Ast, auf dem Herr Prof. Laur sitzt, absägen wollte, ist mir wieder wohl geworden, denn dann befinde ich mich gewiss mit meiner Auffassung in der allerbesten Gesellschaft. Den Irrtum, als hätte ich mich gegen die Landwirtschaft ausgesprochen, möchte ich sogleich und mit allem Nachdruck berichtigen. Unter den — leider — nur wenigen positiven Forderungen, zu denen mir meine Ausführungen Anlass boten, war in erster Linie die, es möchte der Schutz der Landwirtschaft einmal grundsätzlich, und nicht nur von Fall zu Fall und durch Improvisationen, zur Diskussion gestellt und durchgeführt werden. Ich will auch offen zugeben, dass ich rein verstandesmässig ein Anhänger des Getreidemonopols als der einfachsten, vielleicht, je nach den Nebenaufgaben, mit denen es behängt würde, auch der billigsten Lösung bin. Wenn wir uns aber gefühlsmässig seinerzeit dagegen gewehrt haben und noch wehren, so geschah das aus Gründen, auf die ich nach meinem Vortrag nicht mehr zurückzukommen brauche. Ich kann auch nicht gelten lassen, der Staat sei zur Führung einer planmässigen Wirtschaft befähigt, weil unsere grossen Bundesbetriebe, namentlich die Verkehrsanstalten, gut organisiert sind und gut arbeiten. Man kann nicht Monopole oder Quasimonopole mit einheitlichen Aufgaben mit der viel komplizierteren und unendlich vielfältigeren Privatwirtschaft vergleichen. Zugegeben: die beiden dem Post- und Eisenbahndepartement unterstellten Generaldirektionen sind hervorragend, eine sogar ausgezeichnet geleitet. Aber ist es nicht so, dass die Politik immer mitzureden sucht und mit Erfolg mitredet, wo rein wirtschaftliche Überlegungen massgebend sein sollten? Ein kleines, aber sehr deutliches Beispiel: Wenn ein neuer Generaldirektor der S. B. B. bestellt wird, fragt man nicht: was kann er? Sondern da heisst es: wo wohnt er, welche Sprache spricht er, welcher Partei gehört er an? Ich glaube darum, diese unseren grossen Betriebe seien kein Musterbeispiel dafür, dass dem Staat eine sachliche Führung der Geschäfte möglich sei. Von den Lohnfragen, die längst zu einer Frage des politischen Prestiges geworden sind, will ich gar nicht reden.

Ich möchte nicht unterlassen, Herrn Prof. Böhler aufrichtig dafür zu danken, dass er uns mit seinem Vortrag einen Blick von einer Höhe der Betrachtungsweise hat tun lassen, die uns reinem, der den tagtäglichen wirtschaftlichen Kleinkrieg miterleben und mitführen helfen muss, wahrhaft wohl tat. Ich danke aber auch Herrn Dr. Weber, dass er die Diskussion auf einen Boden gestellt hat, der eine Weiterführung erwünscht und notwendig macht. Seine Anregungen, die mir nur, von seinem grundsätzlichen Standpunkt aus, nicht ganz konsequent scheinen, verdienen ernstlich erwogen zu werden. Vorläufig habe ich mich allerdings noch nicht bekehren lassen. Wenn man mir die Vorzüge der organisierten Wirtschaft preist, so denke ich vor allem an ein praktisches Exempel, das mir in Basel besonders nahe liegt: den Allgemeinen Consumverein. Er ist eine mächtige Organisation der Konsumenten, der Arbeitnehmer, und man sollte annehmen dürfen, dass bei einer solchen ausnahmsweise günstigen Gleichrichtung der Interessen die Basis für ein gedeihliches Leben in einer dergestalt organisierten Wirtschaft geschaffen sei. Nun, die Wirklichkeit ist etwas anders, weil eben trotz allem die Interessen der Beteiligten diametral auseinanderlaufen. Die Hausfrau als Konsument wünscht niedere Preise und zugleich hohe Rückvergütungen; das Personal strebt nach besonders vorteilhaften Anstellungsbedingungen, und der durch und durch politisierte Verwaltungsapparat will auch bezahlt sein. Wir haben ja vor noch nicht langer Zeit das hässliche Schauspiel erlebt, dass Arbeitnehmer des A. C. V. gegen ihre Brotgeber, die also auch Arbeitnehmer sind, in Streik traten. Das sind keine ermutigenden Erscheinungen und Erfahrungen, die in die Zukunft weisen könnten.

Angenommen, aber nicht zugegeben, eine planmässige Wirtschaft sei erwünscht, so könnte sie ja nur dann möglich sein, wenn eine Gruppe, die den Plan aufstellt und vertritt, die Macht hätte, ihn durchzuführen, jedes abweichende Interesse zu ignorieren und jeden Widerstand zu brechen. Ich habe die Zuversicht, dass das Schicksal unser Land vor einer derartigen Vergewaltigung bewahren werde und dass das Spiel und Gegenspiel der Kräfte, trotz allen seinen Unvollkommenheiten, bleibe. Dann müssen wir aber auch wünschen, dass Politik und Staat sich nicht mit der Wirtschaft mehr als nötig vermengen. Der Staat soll nicht in der Wirtschaft sitzen, sondern er muss darüber stehen!

Dr. M. Weber stellt in seinem Schlusswort fest, dass sich eigentlich niemand für die vollkommen freie Wirtschaft eingesetzt hat. Herr Dr. Henrici hat bei aller Kritik an der gebundenen Wirtschaft keinen andern Ausweg gewusst, als den Unternehmern einen besseren Zusammenschluss in Wirtschaftsverbänden zu empfehlen. Andere Votanten haben von einem «notwendigen Übel» gesprochen, wobei heute jedenfalls der Akzent auf dem «notwendig» liegt. Die Diskussion wandte sich also nicht gegen die gebundene Wirtschaft im allgemeinen, sondern sie drehte sich nur um das Mass, wieviel an planmässigen Eingriffen zu wünschen sei, und anderseits um die Form dieses Eingreifens.

Typisch ist, dass die Kritik sich vor allem gegen das Eingreifen des Staates richtet. Nun wird aber die Bedeutung des Staates in einer Planwirtschaft, jedenfalls in einer solchen auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage, wahrscheinlich bedeutend kleiner sein als heute; denn die heutige Wirtschaft ist auf der Macht

aufgebaut; und da muss der Staat eingreifen, um die wirtschaftlich Schwächern zu schützen. Die neue Wirtschaft muss aber auf den Funktionen der Wirtschaftenden (als Produzenten, Verbraucher, Arbeitnehmer usw.) aufgebaut sein; dort wird die Wirtschaft manches durch direkte Beziehungen regeln können, was heute durch den staatlichen Zwang erreicht werden muss.

Leider hat sich die Diskussion zu wenig mit dem Hauptproblem beschäftigt, nämlich mit der Krise und der Frage, wie diese ungeheuren Verlustquellen der gegenwärtigen Wirtschaft ausgeschaltet werden können. Wenn gesagt wurde, die heutige Krise sei deshalb so scharf ausgefallen, weil sie auf Strukturveränderungen zurückgehe und nicht bloss Konjunkturbewegung sei, so möchte ich dem gegenüberhalten, dass jede Krise aus Strukturveränderungen der Wirtschaft hervorgeht. Wir haben es eben nicht in der Hand zu bestimmen, wie stark der Peitschenschlag der Krise werden soll, wenn wir durch eine unorganisierte Wirtschaft die Krisenursache bestehen lassen. Es bleibt uns nur der Weg, die Krise überhaupt unmöglich zu machen durch eine planmässige Organisation der gesamten Wirtschaft. Im Kriege hat man auch erklärt, es müssen die gesamten Kräfte des Landes zusammengefasst werden, um die wirtschaftliche Existenz zu behaupten. Sollte das denn nur möglich sein, wenn es um die Vernichtung im Krieg geht? Und sollten die Menschen nicht auch ihre Kräfte organisieren, um den Aufbau und die störungsfreie Fortentwicklung unserer Wirtschaft zu sichern?

Ich glaube sagen zu dürfen, dass diese Tagung der Statistischen Gesellschaft eine gewisse Abklärung der zur Diskussion stehenden Fragen gebracht hat. An den Wirtschaftsverbänden liegt es nun, ihre Schlussfolgerungen zu ziehen. Sie können sich nicht mit der Feststellung begnügen, es könne so oder auch anders kommen. Sondern sie müssen auf eine konkrete Lösung hinarbeiten.

Prof. Dr. Böhler:

Wie schon von meinen Vorrednern hervorgehoben wurde, hat die Diskussion zweifellos zu einer gewissen Abklärung unseres Problems geführt, insofern nämlich, als von allen Beteiligten zugegeben wurde, dass die wirkliche Wirtschaft immer eine Mischung beider Prinzipien, der Gebundenheit und der Freiheit, sein muss und sich der Streit immer nur um ein Weniger oder ein Mehr drehen kann.

Trotzdem war in mehreren Voten die Tendenz zu einer Verabsolutierung einzelner Prinzipien oder Erfahrungen festzustellen. Herr Dr. Weber hat zwar zugestanden, dass die Durchführung einer Planwirtschaft auf internationaler Basis vorläufig nicht möglich sei. Auf der andern Seite hat er jedoch davon gesprochen, dass die Krisen nur durch eine zentrale Kontrolle und Leitung vermieden werden könnten. Darunter kann eine prinzipiell andere oder nur eine graduell verschiedene Form der Planung gemeint sein. Die entscheidende Frage ist meines Erachtens die, ob sich die Zentralstelle auf statistischem Wege eine bessere Gesamtübersicht über die Wirtschaft verschaffen kann, als dies mit Hilfe der Preisbildung möglich ist. Ein Beweis dafür ist bisher weder theoretisch noch praktisch erbracht worden. Wäre aber diese Möglichkeit nicht gegeben, so könnte auch in der sozialistischen Wirtschaft die höhere Planmässigkeit nicht von innen her, sondern nur von aussen her, d. h. durch eine nachträgliche Korrektur, erreicht

werden, also prinzipiell durch die gleichen Mittel, wie sie die heutige Wirtschaft anwendet. Die sozialistische Wirtschaft wäre nur darin im Vorteil, dass sie den Grad der Ersparnis durch Lohn- und Gewinnsenkung leichter regulieren könnte und deshalb die Konjunktur nicht am Mangel an Sparmitteln zu Ende gehen brauchte. Auch würden voraussichtlich die Entscheidungen weniger durch Klassenkampfvorurteile getrübt.

Ferner habe ich den Eindruck, dass Herr Dr. Weber sowohl die Irrationalität der heutigen Wirtschaft, sowie die Rationalität der zukünftigen Wirtschaft überschätzt. Die heutige Wirtschaft bietet nämlich den Vorteil, dass gleichzeitig mit den verschiedensten Prinzipien, Methoden und Auffassungen experimentiert wird, und zwar auf Kosten des Kapitals. Sie bedeutet also ein kollektives Suchen nach den fruchtbarsten Methoden. Das verursacht allerdings hohe Versuchskosten in der Form der Kapitalverluste der im Konkurrenzkampf zusammengebrochenen Unternehmungen. Aber die Allgemeinheit zieht daraus zwei Vorteile: Sie erspart sich dadurch die noch höheren Kosten, die in der kollektiven Wirtschaft durch die Fehlinvestitionen im ganzen Wirtschaftsgebiet entstehen müssten, weil auf das beschränkte Urteil einzelner weniger Personen abgestellt werden müsste, und sie lädt diese Kosten einseitig dem Kapital auf. In Zukunft würden diese Experimente sofort in nationalem Ausmass gemacht, und die Allgemeinheit hätte die vollen Lasten zu tragen. Dieser Fehler wird heute bereits bei der sogenannten kalten Sozialisierung gemacht, die in vielen Fällen zum Nachteil des Arbeiters erfolgt ist, obschon sie von den sozialistischen Parteien gefordert wurde.

Eine andere Tendenz zur Verabsolutierung glaube ich in den Ausführungen von Herrn Prof. Laur feststellen zu können, nämlich eine Verabsolutierung des Organisationsgedankens. Gewiss ist die Entwicklung der landwirtschaftlichen Organisationen eine äusserst imposante und erfreuliche Erscheinung. Aber das Prinzip ist nicht als Universalmittel anwendbar. Denn sie ist eine partielle Planwirtschaft auf den Fettpolstern eines reichen Landes. Sie geht so weit, als sie der Landwirtschaft nützt und hört dort auf, wo sie die Freiheit des Einzelnen beschränkt. Keiner der Anwesenden hat gefordert, dass dies anders sein sollte, und ich wäre der Letzte, es zu tun. Aber die Relativität dieses Organisationsgedankens zeigt sich deutlich, wenn man ihn auf andere Erwerbszweige, z. B. auf die Exportindustrie anwenden und ihr etwa eine Preisgarantie für ihre Erzeugnisse geben wollte. Daher ist die planwirtschaftliche Organisation der Landwirtschaft nicht so sehr ein Beweis für die Möglichkeit der Planwirtschaft als für den Opfersinn und die Weitsichtigkeit des Schweizer Volkes. Ebensowenig können die Erfahrungen der Kriegswirtschaft als Beweis herangezogen werden, weil die psychologischen Voraussetzungen ganz andere sind.

Aber auch auf der andern, liberalen Seite zeigten sich diese Verabsolutierungstendenzen, insbesondere in dem Votum von Herrn Direktor Bühler. Er glaubt an dem extrem liberalen Prinzip der individuellen Freiheit trotz den Erfahrungen der letzten Jahre festhalten zu sollen. Das würde aber voraussetzen, dass der Einzelne wirklich imstande und gewillt wäre, sein eigenes, individuelles Urteil ganz unabhängig von den kollektiven Wertungen zu behaupten. Tatsächlich

zeigt aber die Erfahrung, dass in der letzten Aufschwungperiode praktisch die gesamte Bank- und Geschäftswelt der kollektiven Überzeugung huldigte, dass in bezug auf die Effekten eine «Umwertung aller Werte» eingetreten sei. Ja, beweist nicht überhaupt die Existenz der Konjunkturschwankungen, dass der Einzelne praktisch ganz in den kollektiven Massenbewegungen untergeht. Gewiss heisst dies keineswegs, dass die individuelle Verantwortlichkeit aufgehoben werden könnte. Aber dieses Prinzip begründet keinen Anspruch des Einzelnen, sondern es ist lediglich ein Erziehungsprinzip der Kollektivität, um den Einzelnen zu Höchstleistungen für das Ganze zu veranlassen. Daher ist die wirtschaftliche Freiheit keine Freiheit zur Wahrnehmung des individuellen Selbstinteresses, sondern lediglich eine Freiheit zur Verantwortlichkeit.

Der Präsident dankt namens des Vorstandes nochmals sowohl den Referenten als auch den ersten Votanten, den übrigen Diskussionsrednern und den Organisatoren der Tagung, vor allem den Herren Minister Dr. H. Sulzer und Dr. Mötteli als den Organisatoren, und schliesst die Verhandlungen gegen 13 Uhr.

* * *

Nach einer reizvollen Fahrt durch prachtvolles Waldland und blühende Wiesen vereinigte sich eine grosse Zahl von Teilnehmern in Kyburg. Am Essen begrüsst in launiger Weise der Stadtpräsident von Winterthur, Dr. Widmer, die Gesellschaft namens der Stadtbehörden von Winterthur. Präsident Prof. Grossmann dankt ihm für den vorzüglichen Empfang und gedenkt einer Reihe von geschichtlichen und wirtschaftlichen Einzelheiten der Stadt Winterthur. Prof. Rappard vertritt mit einer geistvollen Rede die welsche Schweiz. Prof. Mangold dankt Präsident Dr. Zahn aus München für die Teilnahme an den Verhandlungen, erinnert an die guten Beziehungen der schweizerischen Städtestatistiker zu den Kollegen in Deutschland und schlägt schliesslich vor, Dr. Traugott Geering in Basel, einem unsrer ältesten Mitglieder zu dem 50jährigen Doktorjubiläum namens der Schweizerischen Statistischen Gesellschaft von Herzen zu gratulieren. Zum Schlusse spricht Präsident Zahn und hofft, die guten Beziehungen mögen weiterhin bestehen bleiben.
